

Information gemäß Art. 13 Abs. 1 DSGVO für Vereinsmitglieder, Sponsoren und Vertragspartner

Verantwortlicher im Sinne der DSGVO ist der Stralsunder Volleyballverein e.V., c/o Daniel Schuch, Zuckerrübenweg 41, 18439 Stralsund.

Vereinsmitglieder

Der Stralsunder VV erhebt im Rahmen der vertraglichen Beziehung zum Vereinsmitglied (Mitgliedschaft) personenbezogene Daten, die für eine Mitgliedschaft im Verein zwingend erforderlich sind. Folgende Daten werden erhoben:

- Name
- Vorname
- Anschrift
- E-Mail-Adresse als freiwillige Angabe
- Telefonnummer als freiwillige Angabe
- Geburtsdatum
- Alter
- Beitragshöhe und Beitragszahlung
- Lizenznummern von Übungsleitern und Schiedsrichtern
- Nationalität
- Kontoverbindungen

Die freiwilligen Angaben sind insoweit für die Vereinsarbeit erforderlich, um eine Kommunikation zwischen Vorstand und Vereinsmitgliedern zu ermöglichen.

Sponsoren

Der Stralsunder VV erhebt im Rahmen der vertraglichen Beziehung zum Spender (Sponsoringvertrag) personenbezogene Daten, die für die Abwicklung der Spendenvereinbarung im Verein zwingend erforderlich sind. Folgende Daten werden erhoben:

- Name
- Vorname
- ggf. Firmenname
- Adresse
- Zuwendungshöhe
- Zuwendungsdatum

Vertragspartner

Der Stralsunder VV erhebt im Rahmen der vertraglichen Beziehung zu Vertragspartnern (Ausrüstungsverträge, Dienstleistungsverträge) personenbezogene Daten, die für die Durchführung der Verträge durch den Verein zwingend erforderlich sind. Folgende Daten werden erhoben:

- Name
- Vorname
- ggf. Firmenname
- Rechnungsadressen
- Kontoverbindungen

Die personenbezogenen Daten werden sowohl auf Papier in Form des Aufnahmeantrages als auch in elektronischer Form gespeichert. Der Aufnahmeantrag wird unter Verschluss beim Vorstandsvorsitzenden und in Kopie beim Kassenwart verwahrt. Daten in elektronischer Form sind auf einer externen Festplatte beim Vorstandsvorsitzenden sowie dem Kassenwart gespeichert.

Die erfassten personenbezogenen Daten werden ausschließlich durch den Vorstandsvorsitzenden und den Kassenwart verändert.

Der Vorstand gibt personenbezogene Daten des Mitgliedes an die Mannschaftsleiter und Übungsleiter weiter, sofern es für die Trainings- und Wettkampfplanung notwendig ist. Die Weitergabe erfolgt auf Papier als Auszüge aus den Mitgliederlisten oder elektronisch über eine Versand dieser Listen per E-Mail. Die Mannschafts- und Übungsleiter sind entsprechend im Umgang mit personenbezogenen Daten unterwiesen.

Die Weitergabe personenbezogener Daten an Organisationen außerhalb des Vereins erfolgt nur zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung. Einer gesonderten Einwilligung des Mitgliedes bedarf es wegen des gesetzlich legitimierten Zwecks der Weitergabe nicht. Die Weitergabe erfolgt wie folgt:

- an den Landessportbund Mecklenburg-Vorpommern
Anzahl der Mitglieder und Zuordnung zu den jeweiligen Jahrgängen
Name, Vorname der Vorstandsmitglieder
Anzahl der Übungsleiterlizenzen
- an den Kreissportbund Vorpommern-Rügen
Name, Vorname, Adresse, Geburtsdatum, Geburtsort der Übungsleiter mit Lizenz
Lizenznummern der Übungsleiter
- an den Volleyballverband Mecklenburg-Vorpommern (VMV)
Name, Vorname, Adresse, Geburtsdatum, Geburtsort, Nationalität der Vereinsmitglieder im Spielbetrieb des VMV

Eine Veröffentlichung personenbezogener Daten erfolgt nur im Zusammenhang mit der Verarbeitung in Medien, sofern eine Zustimmung zur Nutzung von Bildern und Videos vorliegt. Eine weitergehende Veröffentlichung findet ohne Zustimmung des Betroffenen nicht statt.

Für die Vereinsarbeit ist die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit eine wichtige Werbemaßnahme. Auf unseren Veranstaltungen werden Fotos und Videos gemacht, welche auf unseren Homepages www.svv-stralsund.de und www.stralsundervv-beach.de sowie bei Facebook und Printmedien in regelmäßigen Abständen veröffentlicht werden. Die separate Nutzungserlaubnis für Videos und Fotos ist Bestandteil des Aufnahmeantrages.

Weiterhin werden Ergebnislisten veröffentlicht, in denen personenbezogene Daten erscheinen. Zweck der Datenverarbeitung ist hier die Wahrung der berechtigten Interessen des Vereins.

Im Übrigen ist eine Weitergabe personenbezogener Daten im Rahmen der vertraglichen Verpflichtungen des Vereins notwendig und bedarf wegen der Zweckbindung keiner gesonderten Einwilligung. Das können sein:

- Namen von Funktionären des Vereins
- Veröffentlichung von allgemein zugänglichen Daten

Personenbezogene Daten müssen nach dem Austritt aus dem Verein aus steuerrechtlichen Gründen weiterhin vorgehalten werden. Daher erfolgt lediglich eine Sperrung der Daten. Sie dürfen zu anderen Zwecken dann nicht mehr verwendet werden.

Wenn die Gründe für die Sperrung entfallen (z.B. Ablauf von Fristen), werden die Daten unwiederbringlich gelöscht.

Vereinsmitglieder

Die Daten in elektronischer Form werden mit Beendigung der Mitgliedschaft des Mitglieds durch den Vorstandsvorsitzenden gelöscht. Der Aufnahmeantrag wird mit Ablauf des Steuerveranlagungszeitraums, welcher in der Regel drei Jahre umfasst, vernichtet. Die Daten über die Beitragszahlungen werden mit Ablauf des Steuerveranlagungszeitraumes, welcher in der Regel drei Jahre umfasst, gelöscht.

Sponsoren

Die Daten in elektronischer Form sowie die papiergebundenen Sponsoringverträge werden mit Ablauf des Steuerveranlagungszeitraumes, welcher in der Regel drei Jahre umfasst, gelöscht.

Spendenbescheinigungen sind gegenwärtig über einen Zeitraum von zehn Jahren aufzuheben. Danach werden diese vernichtet.

Vertragspartner

Die Daten in elektronischer Form sowie die papiergebundenen Verträge werden mit Ablauf des Steuerveranlagungszeitraumes, welcher in der Regel drei Jahre umfasst, gelöscht bzw. vernichtet.

Die Webseiten des Vereins nutzen keine Cookies oder Speichermechanismen, die technisch nicht notwendig sind. Im Verein werden Messenger zur internen Kommunikation benutzt. Eine Einwilligung zur Nutzung der Telefonnummer ist mit der Nutzungserlaubnis für Fotos und Videos verbunden.

Der Verein beschäftigt keine Angestellten. Die Arbeit ist ausschließlich ehrenamtlich. Ein Datenschutzbeauftragter ist daher nicht erforderlich. Für den Schutz der personenbezogenen Daten ist der Vorstand zuständig. Er sorgt dafür, dass die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen angemessen berücksichtigt werden, und informiert bei Verletzungen des Datenschutzes die Behörden innerhalb von 72 Stunden.

Betroffene haben gemäß Art. 15 DSGVO ein Recht auf Auskunft über die eigenen im Verein verarbeiteten personenbezogenen Daten, insbesondere die Verarbeitungszwecke, die Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden, die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die personenbezogenen Daten offengelegt worden sind oder noch offengelegt werden, falls möglich die geplante Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden, oder, falls dies nicht möglich ist, die Kriterien für die Festlegung dieser Dauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der sie betreffenden personenbezogenen Daten oder auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung, das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden, alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten. Im Übrigen ist dem Informationsrecht durch diese Aufklärung bereits entsprochen worden

Sofern Daten unrichtig oder unvollständig sind, besteht im Rahmen des Art. 16 DSGVO ein Anspruch auf Berichtigung dieser Daten. Die Berichtigung oder Ergänzung kann unverzüglich verlangt werden.

Betroffene haben aus Art. 17 DSGVO das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden. Der Verantwortliche ist verpflichtet, personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen, sofern unter anderem einer der folgenden Gründe vorliegt:

1. Die personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
2. Die personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
3. Die Löschung der personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.

Betroffene haben gemäß Art. 18 DSGVO das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn unter anderem eine der folgenden Voraussetzungen gegeben ist:

1. die Richtigkeit der personenbezogenen Daten von der betroffenen Person bestritten wird, und zwar für eine Dauer, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen,
2. die Verarbeitung unrechtmäßig ist und die betroffene Person die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnt und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangt;
3. der Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, die betroffene Person sie jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt.

Betroffene haben unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres gewöhnlichen Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des

mutmaßlichen Verstoßes, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen diese Verordnung verstößt. Die zuständige Behörde kann unter folgendem Link bestimmt werden:

https://www.bfdi.bund.de/DE/Infothek/Anschriften_Links/anschriften_links-node.html.

Darüber hinaus haben Betroffene gemäß Art. 21 DS-GVO das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit **Widerspruch** gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten einzulegen.